

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

10 Pfennig

Sonnabend
6. November 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Nacht des Schreckens.

Faschistische Brandstifter. — Die Verwüstung im Hause der Genossin Verda-Olberg.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht folgenden Brief, den Genossin Oda Olberg-Verda, früher jahrelang auch Korrespondentin des „Vorwärts“, über die von uns schon kurz mitgeteilte nächtliche Verwüstung ihres Hauses durch Faschistenbanden schrieb. Der Brief wirkt in seiner schlichten Eindeutigkeit so erschütternd, daß wir auf jeden Zusatz verzichten können.
Red. d. „Vorwärts“.

Obwohl mir ein Polizeiverbot seit vielen Monaten jede politische Berichterstattung, soweit sie Kritik der Regierung ist, verbietet, möchte ich das schildern, was ich mit meiner Familie in der Nacht vom 31. Oktober zum 1. November erlebt habe. Ich kritisiere nicht; ich schildere. Ob das Thema politisch ist, lasse ich unentschieden. Man kann es auch feuilletonistisch nennen.

Gegen neun Uhr abends gewahrten wir in der Nähe unseres Häuschens, dessen Mieter der sozialistische Parteivorstand, der Gemerfachsbund und die italienische Filiale des Internationalen Transportarbeiterverbandes sind, eine ungewöhnliche Häufung von Polizei und Carabinieri. Wir wußten noch nichts von dem in Bologna erfolgten Anschlag auf den Premierminister und glaubten also, daß es sich um eine Wiederholung der am 16. Oktober in unserer Privatwohnung vorgenommenen Hausdurchsuchung handelte. Um zehn Uhr heftiges Klingeln und Einwürfen von einigen zwanzig Schwarzhemden, die mich zwingen wollten, die Schlüssel der Bureaus abzuliefern. Als man auf meine Erklärung, die Schlüssel nicht zu haben, zu energischerer Ueberrückung greifen will, erscheint ein Wachmeister der politischen Polizei und weist die Faschisten hinaus. Sie ziehen sich knurrend, aber sehr schnell zurück, versuchen einen zweiten Angriff gegen elf Uhr mit etwas verstärkten Kräften und gleichem Erfolg. Die Bewachung vor dem Hause und im Vorgarten wird auf neunzehn Mann, teils in Zivil, teils in Uniform, erhöht, die sich in telephonischer Verbindung mit den vorgesetzten Behörden erhalten. Gegen 12 Uhr fahren dröhnend mehrere Lastautos voll Faschisten vor. Die Polizei wirft sich ihnen entgegen, ich bläse das Licht, schließe die Haustür und versuche, zu telephonieren. Das Telephon befindet sich dicht neben der Haustür und ich knie nieder, um nicht gesehen zu werden, als man schon die Tür sprengt und — ohne mich zu bemerken — an mir vorbei, teils über mich weg, in das Haus dringt. Vom Dintel geschützt, entwische ich auf die Treppe, wohin mir tastend ein Mann folgt, der dann langsam kehrt macht.

Unten fängt der Hege sabbat an; während wir oben Kriegerat halten: mein Mann, meine zwanzigjährige und meine dreizehnjährige Tochter und die Hausgehilfin, die erst seit drei Tagen bei uns ist, aber abgelehnt hatte, sich nach dem zweiten Angriff von den Polizisten in Sicherheit bringen zu lassen, mit dem Bemerkten, sie wolle unser Schicksal teilen. Wir beschließen, daß die drei jungen Menschen auf der Terrasse über dem dritten Stock Zuflucht nehmen sollen, während wir den Eingang unserer Privatwohnung verteidigen. Unten tragen die Türen, klirren die Scheiben; man hört die Fensterladen aus, deckt das kleine Dach über der Eingangstür ab, schleudert knallend die drei Schreibmaschinen aus dem Fenster. Dazwischen hört man das Dröhnen und Fauchen neuer Lastautos mit neuen Faschisten und dann das Geschrei: A morte i socialisti! A morte! A morte! Dazwischen ruft ein Wachmeister, dem schon die Uniform in Fetzen hängt, dröhnend um Hilfe.

Kein Schuß ertönt, nur das Krachen und Klirren der Verwüstung. Wir sind im Dunkeln. Die Kinder auf der Terrasse haben eine deutliche Vision der Vorgänge; sie sehen, daß man Fackeln aus zusammengeballten Zeitungen macht, um Brand zu legen. Die Älteste, obwohl Rekonvaleszantin von langer Krankheit, schleppt eine Leiter über die Wendeltreppe auf die Terrasse, steigt auf die von keinem gehaltenen Leiter, ihr Schwesterchen auf dem Arme, und hilft ihr so, über die beinahe dreieinhalb Meter hohe Mauer zu steigen, die unsere Terrasse von der des Nachbarhauses trennt. Als die Kleine geborgen ist, stellt sie das Ultimatum: ich steige nur noch, wenn auch die Mutter kommt. Aber die Leiter ist zu kurz; man muß sie auf einen Stuhl stellen, wo sie wankt und zurückzuschlagen droht. Erst kommt die Tochter, dann die Hausgehilfin, dann ich. Mein Mann, der die unsichere Leiter halten muß, bleibt im Hause.

Kaum sind wir Frauen geborgen, so geschieht etwas Entsetzliches: aus einem der Nachbarhäuser, wo sich Kopf an Kopf staut, um das Kino gratis zu genießen, kreischt eine Frauensstimme: „Sie sind entwischt! Sie sind entwischt!“ Aber das Tosen der Verwüstung überdünnt die Worte.

Als Eindringlinge im fremden Hause finden wir keinen Menschen und drücken eine Scheibe ein, um aus der Terrasse

unter Dach zu kommen. Wir sind eingeschlossen, ohne Ausgang nach der Straße. Auf einmal öffnet sich die Tür; man setzt mir einen zierlichen Revolver an die Brust. In diesem Falle bin ich der Einbrecher und sage höflich zu meinem unfreiwilligen Gastgeber: „Herr Rechtsanwalt, ich glaube, den Revolver brauchen wir nicht!“ Dann erkläre ich der erstaunten und erschrockenen Familie die Gründe unseres Eindringens.

Inzwischen ist es ein Uhr geworden. Unten ist alles verwüstet: Telephon zertrümmert, elektrische Leitung zerfetzt, die Irradiatoren der Zentralheizung aus dem Fenster geworfen; kein Fenster, keine Tür, kein Laden heil. Die Straße liegt voller Bücherregale in den verschiedensten Graden der Zerstörung. Im Lokal des Parteivorstandes ist buchstäblich kein Nagel geblieben; in den beiden anderen Räumen liegen Möbelreste. Der Trümmerhaufen füllt noch den ganzen Hof, obwohl man schon eine Wagenfuhr der „unheilbaren“ Stühle weggebracht hat. Wertwürdigerweise hat sich von den drei Schreibmaschinen nur ein einziger Teil gefunden; offenbar hat das übrige der Wind verweht, mit Telephon, Enclostyle und anderem.

Zum Schluß sei noch gesagt, daß ich nach Abzug der Faschistenmasse mein jüngstes Töchterchen zu einer Freundin begleitete, damit es dort schlafe. Auf dem kurzen Wege drohten uns zwei junge Faschisten mit wichtigen Möbelresten: „Wir schlagen dir und dem Kinde den Schädel ein!“ Das war der Nachgruß. In der Nacht kamen dann noch mehrere Nachzügler, die fragten, ob noch etwas zu verwüsten sei, und sich dann selbst antworteten: man kann nur noch das Haus anstecken.

Nach Aussage der Polizisten belief sich die Zahl der Angreifer auf etwa zweihundert. Solange die Polizei mit der Anwendung der Waffen drohen konnte, hielt sie die Bande in Schach. Sobald die Faschisten sahen, daß die Polizei nicht schiessen durfte, gewannen sie die Oberhand. Alle Energie der Polizei, die teilweise bis zum höchsten Mut ging, hat gerade ausgereicht, um das Eindringen in unsere Privatwohnung und das Inbrandstecken der Trümmer und somit des ganzen Hauses zu verhindern.

Das Haus ist jetzt völlig schuhlos: das Parterre ohne Fenster und ohne Laden, durch keine Tür von dem Rest der Wohnung abzuheben. Vier Carabinieri halten Wache und das Publikum blickt neugierig durch die hohlen Augenhöhlen und in die Wüstenei des Gartens. Das Schauspiel wird geboten in einer der Hauptstraßen des neuen Rom. Die Hauptstadt hat eine Garnison von mehreren zehntausend Mann und doch hat man einen zwei Stunden vorher gemeldeten Angriff nicht verhindern können auf ein Haus, in dem nur ein siebzighähriger Mann, drei Frauen und ein Kind waren . . .

Die Schreckensherrschaft.

Aus Lugano erhalten wir von unserem Korrespondenten über die Schreckensherrschaft in Italien eine Schilderung, die den Brief der Genossin Verda-Olberg aufs Wirklichste ergänzt. Wir entnehmen ihr folgende Einzelheiten:

Alle bisherigen Repressalien sind offiziell nicht nur gebilligt, sondern verherrlicht worden. Es ist absolut unmöglich, auch nur einen annähernden Ueberblick über die vollzogenen Bluttaten, Ver-

Die Besprechungen im englischen Streik.

Die Schwierigkeiten noch nicht behoben.

London, 6. November. (EP.) Obwohl die Morgenpresse allgemein anerkennt, daß die Besprechungen in den letzten Tagen zur Beilegung des Kohlenstreiks, insbesondere wegen der Bereitwilligkeit der Bergarbeiter, lokale Abkommen abzuschließen, einen weiteren Fortschritt bedeuten, warnt sie vor all zu hoch gespannten Erwartungen, da die von den Bergarbeitern an ihre Zugeländnisse geknüpften Bedingungen, die sich vor allem auf die Mindestlöhne, das nationale Rahmenabkommen und auf eine nicht über 7 1/2 Stunden hinausgehende Arbeitszeit beziehen, noch ernste Schwierigkeiten befürchten lassen. Nach den bisher vorliegenden Anzeichen bestehen die Grubenbesitzer hartnäckig auf ihrer ablehnenden Haltung gegen alles, was nach einem nationalen Abkommen aussieht, sowie auf ihrer Forderung nach dem Achtstundentag. Für heute nachmittag ist eine Besprechung der Minister mit den Vertretern der Grubenbesitzer angelegt, an die sich eine neue Zusammenkunft mit den Arbeitervertretern anschließen wird.

Die „Westminster Gazette“ will wissen, daß der Premierminister bereits gestern die Vorschläge der Bergarbeiter, die im großen und ganzen von der Regierung als befriedigend betrachtet würden, dem Arbeitgeberführer Williams vorgelegt hat.

wüstungen und Plünderungen zu geben. In Rom ist die Druckerei des „Rondo“ vollkommen zerstört worden, ebenso die des Genossen Morara; da die „Voce Repubblicana“ in einer privaten Druckerei hergestellt wurde, gab man dort die Verwüstungsarbeit auf halbem Wege auf. Völlig verwüstet wurde die Wohnung des Journalisten Cianca, Chefredakteur des „Rondo“, teilweise die unseres Parteisekretärs Zanarini, des Kommunisten Bombacci und zahlreicher anderen. Der Sitz des Parteivorstandes der früheren Einheitspartei ist auf die nackten vier Wände reduziert: ohne Fenster, ohne Türen, ohne Telephon, ohne auch nur ein Andenken an etwaige Möbel, Bücher usw. In ähnlichem Zustande befindet sich der in demselben Häuschen gelegene Sitz des internationalen Transportarbeiterverbandes, Filiale Rom, und der Generalkonföderation der Arbeit. Drei Verhabe, in die über den Bureauräumen gelegene Wohnung der Familie Verda-Olberg zu dringen, wurden in der Nacht zum 1. und in der zum 2. November von den Carabinieri abgeschlagen. Die geplante und vorbereitete Brandlegung des ganzen Hauses wurde durch den Hinweis verhindert, daß das Feuer unfehlbar auf die Nachbarhäuser übergegangen wäre. Nicht uninteressant ist, daß die Squadrinen besonders durch vier römische Rechtsanwältinnen aufgehetzt wurden, auch in die Wohnung der früheren „Vorwärts“-Korrespondentin zu dringen. Bei dieser und ihrem Gatten fand wenige Stunden nach der Invasion eine vierstündige Hausdurchsuchung statt, mit Beschlagnahme von Briefen und Dokumenten. Angeblich handelt es sich darum, Mitschuld an dem Attentat festzustellen. In Genua wurde die Reaktion und die Druckerei des „Lavoro“ vernichtet. Beim Angriff auf die Wohnung des Abg. Genossen Poggi erschossen die Faschisten einen Carabinieri und hatten dann ihrerseits zwei Tote. Die Zahl der Verwundeten ist unbekannt.

In Mailand hat man wie üblich den „Avanti“ zerstört, die dortige Zentrale der Konföderation der Arbeit, und hat dann mehr oder weniger geglühte Invasionen in den Bureaus und Privatwohnungen der Genossen Claudio Treves, Gonzales, Dugoni, Bentini und zahlreicher anderen gemacht.

Der Sachschaden beläuft sich auf viele Hunderttausende. In Cagliari hat der antifaschistische Abgeordnete Luffo einen in seine Wohnung eindringenden Faschisten erschossen. Wieviel der unseren in ganz Italien zum Opfer gefallen sind, wird man wohl erst nach Wochen erfahren.

Dem ein weiteres Merkmal der neuen Situation ist die Unterdrückung aller Oppositionsblätter, von der staatskonservativen „Stampa“ in Turin bis zur kommunistischen „Unita“, vom „Avanti“ bis zu kleinen Lokalblättern, wie dem „Gazzettino“ in Venedig und zum „Citadino di Brescia“. . . Im ganzen sind elf Zeitungen „aufgehoben“, die „Giustizia“ und das „Lavoro“ fehlt in der Liste. Da hat man sich wohl auf die völlig verwüsteten Lokale verlassen.

Ausgeschlossene Reichstagsabgeordnete. Neue Verluste der KPD.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hat die Reichstagsabgeordneten Urbahns, Scholem und Schwan aus der Partei ausgeschlossen. Ihr Ausschluss steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den monatelangen Kämpfen und Auseinandersetzungen innerhalb der Kommunistischen Partei. Die Ausgeschlossenen haben sich geweigert, ihre früheren Erklärungen zur russischen Parteidiskussion zu widerrufen. Die „Rote Fahne“ verweigert bisher diesen Beschluß. Offenbar ist der erläuternde Artikel aus Moskau noch nicht geliefert.

Selbstverständlich wird morgen die „Rote Fahne“ feststellen, daß das revolutionäre Proletariat einen neuen „Sieg“ errungen hat. Wieder sind drei „Verräter“ über Bord geworfen, die Kommunistische Partei ist drei „Agenten der Bourgeoisie“ losgeworden. Selbstverständlich ist sie nach diesem Verlust neu „gestärkt“ und zu neuen Taten gewappnet. Die neuen Taten werden auch nicht lange auf sich warten lassen. Sie werden in dem Hinauswurf weiterer Verräter bestehen. Urbahns und Scholem werden nicht die einzigen sein, die die Abgabe einer entwürdigenden Unterwerfungserklärung ablehnen.

Die Verluste der kommunistischen Reichstagsfraktion werden allmählich beachtlich. Die Ausgeschlossenen können demnächst eine Fraktion der „Verräter“ bilden. Bis jetzt sind hinausgeworfen: Frau Bohle (Ruth Fischer), Kay, Dr. Korsch, Reddermeyer, Schlagewerth, Scholem, Schwan, Schwarz und Urbahns. Weitere Kandidaten für den Hinauswurf sind vorhanden. Mindestens kommen in Betracht Florin, Schlicht, Schüh und Weber. Das Duzend wird also bald voll sein. 45 Mitglieder zählte die ganze Fraktion. Man kann nicht sagen, daß die Verluste klein sind.

Der Ausschluss von Urbahns und Scholem wird nicht nur die KPD „stärken“, er wird auch die außerhalb

der R.P.D. stehende Opposition stärken. Zwangsläufig ergibt sich daraus ein engerer Zusammenschluß der Ausschüsse. Gerade diese Berräter spüren bekanntlich wenig Reue, den Kampf gegen und um die R.P.D. aufzugeben. Es ist eben doch unangenehm, daß die Tscheka ihren Einfluß nicht in Deutschland geltend machen kann.

Ein berufener Ordnungshüter. Marecki für und gegen Gewalt.

Im Preussischen Landtag haben die Deutschnationalen zu ihrem Sturmlauf gegen das Innenministerium den Abg. Marecki als Hauptredner vorgeschickt. In der üblichen Weise entrüstete sich Herr Marecki darüber, daß die preussischen Innenminister Seevering und Grzesinski gewagt hätten, der Rechts gewalttätige Pläne zu unterstellen. Gewalt drohe natürlich nur von links — hierzu erinnern wir uns, einmal folgendes gelesen zu haben:

„Die Ansetzung des Wahltermins über den Ausgang des Frühjahrs hinaus wird, wenn nicht ein vorheriges Einverständnis mit der Opposition erzielt ist, als die schärfste Kampfanzeige der Regierung aufgefaßt und mit einem Widerstand beantwortet werden, der sich rückwärtslos aller zu Gebote stehenden Mittel bedienen wird.“

Dies stand in der „Täglichen Rundschau“ Nr. 114, Abendausgabe vom 2. März 1920, genau zehn Tage vor Ausbruch des Rapp-Butschs. Der Verfasser war — Herr Marecki! Aber Herr Marecki konnte auch noch deutlicher werden. Am 27. Januar 1920 drohte er, damals noch Angehöriger der Deutschen Volkspartei, in öffentlicher Versammlung in Frankfurt a. d. O. mit Gewalt, falls die Neuwahlen zur Nationalversammlung über das Frühjahr hinaus verschoben würden. Ausdrücklich erklärte Herr Marecki:

„Falls die Wahlen verschoben werden, ist der Bürgerkrieg unvermeidlich.“

Ein Diskussionsredner nagelte diese Worte fest. Darauf erklärte Herr Marecki im Schlusswort, daß er ganz richtig verstanden worden sei:

„Eine Hinausschiebung der Wahl bedeutet eine Vergewaltigung der letzten Opposition, und der Gewalt kann nur durch Gewalt begegnet werden.“

Das war zwei Wochen vor Ausbruch des Rapp-Butschs. Ist Herr Marecki nicht wirklich ein klassischer Zeuge für die — Friedfertigkeit der Rechten?

Die Debatte im Landtag.

Im Landtag werden ohne Aussprache Anträge der Kommunisten und der Sozialdemokraten über eine Hilfsaktion für die Gemeinde Süllengern (Kreis Herford), Bereitstellung von Staatsmitteln zur Behebung der Sturmschäden an der Westküste Schleswig-Holsteins und ein deutschnationaler Antrag, die Eiderabfischung als Notstandsarbeit vorzunehmen, der Ausschussberatung überwiesen.

Hierauf wird die am Freitag abgebrochene Beratung über die Anträge wegen Ausschreitungen des Rotfrontkämpferbundes, Ueberfälle von Rechtsverbänden usw. fortgesetzt.

Abg. Ledemann (Komm.) fordert, daß die Protokolle über den in Mansfeld geschienen „weißen Terror“ bekanntgegeben würden. 600 schwerbewaffnete Stahlhelmlente seien angedrückt. Kommunisten seien überfallen und mißhandelt worden. Ebenso hätten am Tage des Volkssturms die bewaffneten Organisationen der Rechtsverbände Wohlbeeinflussungen verübt und proletarische Kreise überfallen. Bei der Abwehr seien 46 Revolver, Gummitruppel und Eisenpiken gefunden worden. Der Oberleutnant Döberberg sei mit 6 Autos, die mit Stahlhelmlenten beladen waren, vorgefahren. Die Merseburger Schutzpolizei sei von den Stahlhelmlenten beschossen worden. 6 Einwohner von Ummendorf, darunter ein 66jähriger alter Arbeiter, seien schwer ermundet worden.

Abg. Kiedel (Dem.) schließt sich dem Danke des Ministers für Seevering an. Er sei seinen Beamten ein guter Chef gewesen; das bestätigt auch jeder deutschnationale Geheimrat. (Hört, hört! links.) Die Rede des Abg. Marecki sei völlig unangebracht ge-

wesen. Es könne keine Rede von einer Einheitsfront der Sozialdemokraten und der Kommunisten sein. Das könne man kaum in Hinterpommern den Leuten erzählen. Gerade Herr Marecki, der sich über Gewalttaten beschwerte, habe in verschiedenen Reden

selbst Gewaltpolitik gepredigt.

Wir danken der Regierung, der Polizei und ihren Organen dafür, daß sie für Ruhe und Ordnung sorgen. Selbsthilfe ist abzulehnen. Man sollte endlich mit dem Unfug der ewigen Demonstrationen aufhören. Die Rechtsorganisationen haben ja bekanntlich z. B. B.-Kommandos gehabt zur Erledigung von Rinsfern. Dabei beschwerten sich die Rechtsparteien über Gewalttaten gegen Rechtsorganisationen.

Sie sollten schamrot werden, wenn sie sich den Landsberger Prozeß vor Augen halten.

Dabei redet man auf der Reden von Behrlosigkeit, während in Wahrheit z. B. in Charlottenburg Hakenkreuzler auf öffentlichen Plätzen die Leute anfallen. Sehr hübsch ist auch die Entschuldigung des Prinzen Oskar, der einem Eiselemann-Attentäter Zigaretten ins Gefängnis schickte und dann erklärte, er habe geglaubt, daß es sich um eine Schlägerei handele, die eine nationale Tat sei. Wer hat denn dem Oberleutnant Schulz usw. die Mittel gegeben? Der Stinnes-Konzern und rechtsstehende Wirtschaftskreise. (Lebh. Widerspruch rechts.) Ich halte daran fest.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Beschlüsse des Haushaltsausschusses.

Das Ergebnis der Beratungen des Sozialpolitischen Ausschusses muß nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung des Reichstages, bevor es dem Plenum unterbreitet wird, im Haushaltsausschuss zur Beratung kommen. Dieser beschäftigte sich heute vormittag damit. In die Debatte griff auch der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold ein. Er hat kein Geld und kann nicht zahlen! Er wies auf die schlechte Finanzlage des Reiches hin, das sich unmöglich ein neue Last von 13 Millionen monatlich aufbürden könne. Schließlich beschloß der Haushaltsausschuss, die Beschlüsse des Sozialpolitischen Ausschusses in der Fassung zu genehmigen, daß in der unterliegenden Erwerbslosenfürsorge im Wege der Verordnung, die Zustimmung des Reichsrats vorausgesetzt,

a) bis zum 31. März 1927 die Bezüge der Hauptunterstützungsempfänger mit Wirkung vom 8. November 1926 ab wie folgt zu erhöhen sind:

1. für Erwerbslose über und unter 21 Jahren, die keine Familienzuschläge beziehen und nicht dem Haushalt eines anderen angehören, um 15 Proz.

2. für alle übrigen Hauptunterstützungsempfänger um 10 Proz.;

b) daß die obere Grenze für die Erwerbslosenfürsorge so zu gestalten sei, daß auch das vierte Kind (der fünfte Familienangehörige) den vollen Zuschlag erhält.

In dieser Form geben die Beschlüsse an das Plenum, das endgültig zu entscheiden hat.

Reichstag und Erwerbslosenfürsorge. Die Kommunisten schwänzen.

Der Reichstag setzte heute mittag 12 Uhr die Beratung des Berichts des Sozialpolitischen Ausschusses über die Erwerbslosenfürsorge fort. Das Haus war im Anfang schwach besetzt. Das erklärte sich daraus, daß als erster Redner der Abg. Hedert von den Kommunisten vorgesehen war, und eine kommunistische Stundenrede anzuhören, gehört nicht gerade zu den Annehmlichkeiten des parlamentarischen Lebens. Weniger erklärlich aber ist die Tatsache, daß nur genau gezählte acht Mann von der kommunistischen Fraktion sich im Saale aufhielten, die sich teils langweilten, zum Teil mit anderen Dingen beschäftigten. Nur Herr Höllein, an der Rednertribüne stehend, warf von Zeit zu Zeit ein drohnendes „hört! hört!“ dazwischen.

Die „Rote Fahne“ hat heute morgen darüber Beschwerde geführt, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht immer Lust empfinden, stundenlange Wiederholungen der bürgerlichen Redner

über sich ergehen zu lassen. Was aber wird das kommunistische Blatt dazu sagen, daß ihre Leute es nicht einmal für nötig halten, ihrem eigenen Redner zuzuhören, trotzdem sie doch wußten, daß er heute als erster zu Worte kommen würde. Hat man heute den kommunistischen Delegationen den kläglichsten Zustand der kommunistischen Fraktion während der Beratung der Erwerbslosenfürsorge gezeigt?

Abg. Hedert (Komm.) tritt für die kommunistischen Anträge ein. Danach sollen die Unterstützungssätze um 50 Proz. erhöht werden. Die Karenzzeit und die Begrenzung der Bezugsdauer soll weggelassen. Weiter soll zur Vermehrung der Arbeitsgelegenheit die tägliche Arbeitszeit gesetzlich verkürzt werden: im Bergbau auf 7 Stunden, in allen übrigen Betrieben auf 8 Stunden höchstens. Die wöchentliche Gesamtarbeitszeit soll im Bergbau 36 Stunden, in den übrigen Betrieben 42 Stunden nicht übersteigen.

Gegen die Polizeistunde. Anfrage des Zentrums.

Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags hat wegen der Verlängerung der Polizeistunde folgende Anfrage eingebracht:

„Die Verordnung des Innenministers über die Verlängerung der Polizeistunde hat in weiten Kreisen der Bevölkerung sehr große Mißstimmung erregt, weil man von der Auswirkung dieser Verordnung große Schädigungen in sittlicher, sozialer und wirtschaftlicher Beziehung befürchtet. Was gedenkt der Innenminister zur Verhütung solcher Wirkungen zu tun?“

Sozialisten und Schuldenregelung.

Paris, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) „La vie socialiste“ veröffentlicht am Freitag einen Brief, den der sozialistische Abgeordnete Vincent Auriol am 5. September an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des amerikanischen Senats, Borah, gerichtet hat, um die Haltung Frankreichs in der Frage der Ratifizierung des Schuldenabkommens darzulegen. Vincent Auriol führt aus, daß Frankreich niemals die Absicht gehabt habe, sich seinen Verpflichtungen gegenüber Amerika zu entziehen, daß es sich aber zu der Forderung berechtigt glaube, zum mindesten die gleiche Behandlung und die gleichen Zahlungsbedingungen zu verlangen, die es selbst Deutschland gewährt habe. Frankreichs Zahlungsfähigkeit sei durch die Verwüstungen, die der Krieg angerichtet habe, außerordentlich beschränkt. Es habe sich bereit gefunden, die eigene Forderung an Deutschland unter die Kosten, die der Wiederaufbau seiner zerstörten Gebiete erfordert habe, herabzusetzen unter der Voraussetzung, daß seine eigenen Kriegsschulden getilgt werden würden. Darin habe es sich aufs schwerste getäuscht gesehen und befinde sich infolgedessen in einer schweren Krise. Aus diesem Grunde seien die Sozialisten und die Republikaner Frankreichs der Ueberzeugung, daß es nur der elementarsten Forderung der Gerechtigkeit entspreche, wenn Frankreich für die Bezahlung seiner Schulden dieselben Zahlungsvereinfachungen erhalte, wie sie Deutschland im Dawes-Abkommen gewährt worden sind. Daher müsse das demokratische Frankreich seine Forderung nach Aufnahme einer Garantie- und Transferklausel in das Schuldenabkommen unter allen Umständen aufrecht erhalten.

Auriol macht folgenden positiven Vorschlag: Alle französisch-englisch-belgisch-amerikanisch-italienischen Schulden sollen annulliert und die Schulden Deutschlands sollen darauf beschränkt werden, daß dieses lediglich die Eisenbahn- und Industrieobligationen ausbleibe. Sie würden zur Beschaffung der Mittel dienen, um einerseits die Zinsrückstände und die Amortisationsrückstände für die von Amerika Deutschland gewährte Währungs-Sanierungsanleihe zu bezahlen und andererseits Frankreich zum Teil das zu bezahlen, was es vorgeschossen hat, und was es noch für den Wiederaufbau des ehemaligen Kampfgebietes verausgaben muß.

Das winkende Mädchen von Savannah.

Von Kurt Offenburg.

Wochenlang fuhren wir im heißen Dunst des subtropischen Meeres: der Golfstrom trieb schwüle Winde von Havana herüber. In der Nacht hingen farbenschwere, gierige Träume über den Köfen der Matrosen, und des Adergängers Blick schweifte nach unmöglichen Küsten mit Frauen und Spiel.

Endlich! Im Morgendämmer eines der letzten Sommertage fuhren wir den Savannah River hinauf: sehr langsam und sehr vorsichtig in der mit Lichtbögen abgedeckten Fahrinne. Der Fluß, trüb und lehmig, aber nicht breiter als der Rhein, hat kaum Gefälle und quirt bedächtig zwischen klarem Steppenland zum Meer. Eintönig-öde — in vielen Wochen sind sie dem Auge zum Ueberdruß geworden — stehen in langweiligen Abständen palmartige Gebüsch an den vertrockneten Ufern. Schon spürt man aus den Savannen die fumpfige Hitze des Landes.

Wir fuhren und fuhren... Auf einmal, ohne ersichtlichen Grund, zieht der Lotse die Dampfheise, und der stuchende Dampf des Nebelhorns schreit über den Fluß. Doch kein Schiff ist in der Nähe, dem das Zeichen gelten könnte; nur aus dem fernen Ufer herauf taucht ein kleines graues Haus auf, das einsam am leeren Ufer des Savannahrivers steht. Und gleich darauf erscheint vor der Hütte eine Gestalt, die eine brennende Laterne im Grau der frühen Stunde signalhaft hin- und herschwingt. Durch das Glas sieht man ein altes gebücktes Weiblein, weiches Haar wirrt im Gesicht, kläglich ein Tuch um die Schultern; eben aus dem Betti geilt, das den Fluß hinaufdampfende Schiff heranzuwinken.

Es ist ein keltischer Brauch, der die großen Schiffe eine arme treue Frau mit demselben Zeichen grüßen läßt, das sonst nur bei gewichtigem, sachlichen Anlaß ertönt. Aber es gibt keinen Boten, der auf dem Wege von oder nach Savannah sein Schiff hier schweigend passieren ließe. Alle alten Seeleute, die schon einmal hier herauf gekommen sind, wissen die Geschichte des „winkenden Mädchens von Savannah“, die wie eine oft erzählte Fabel, wie ein Märchenmotiv klingt und hier Wirklichkeit war.

Vor einem halben Jahrhundert geschah das im Seemannsleben Ausrufende: ein Mädchen verlor ihren Liebsten, der zur See fuhr. Aber die Braut kann den Tod des Bräutigams nicht ertragen, und sie glaubt nicht, daß er gestorben ist. Vielleicht hat er nur Schiffbruch erlitten und lebt noch, vielleicht wird er in einem fremden Land in Gefangenschaft gehalten, vielleicht hat ihn ein böswilliges Weib verheiratet und behält ihn bei sich. Bleibt die absurdeste Möglichkeit nicht ein Trost, so lange Hoffnung lebendig ist?

Die Arme ist nie weiter gekommen, als bis in die nächste Hafentadt; damals, als sie das Unglück traf, und hier hat sie „ihn“ gesucht — ohne ihn zu finden. Aber da die Welt groß und das

Mädchen arm ist und nicht die ganze Erde bereisen und absuchen kann — was ist einfacher, als jedes Schiff, das vorbeikommt, anzufragen? Wenn er an Bord ist, wird er wissen, daß seine Braut noch lebt und so schnell er kam, zu ihr eilen. Müssen nicht alle Dampfer und Segler, die die Ozeane kreuzen, immer wieder nach Savannah kommen und ihr Haus passieren? ..

Einige Tage später, als wir gegen Abend wieder den Fluß hinunterfuhren, war die Alte wieder vor ihrem grauen Holzhaus und winkte mit einem weißen Tuch, groß wie ein Bettlaken. Sie stand in ihrem kleinen Garten zwischen wild wuchernden Tropenpflanzen, hinter ihr die untergehende Sonne an einem farminrotblauen Gewitterhimmel — ein Abbild aller menschlichen Enttäuschungen.

Enttäuschungen? Dieser feste Glaube der Alten, daß sie das Zentrum der Welt sei und daß ihr Lebensglück vom Schicksal wieder aufgehoben werden müßte: ist er nicht unser aller tiefste Gewißheit? Aber die arme Städtische müßte wahrhaftig werden, um an diese ewig erlebte Erfüllung glauben zu dürfen.

Die Matrosen, nicht immer sentimental, grüßen seit Jahrzehnten in dem „winkenden Mädchen von Savannah“ die romantischen Schauer ihres Daseins; ehren in ihr die Angst und Sehnsucht ihrer ferneren Mädchen und Frauen.

Rigoletto.

Ueber der gestrigen Rigoletto-Aufführung in der Städtischen Oper leuchtete kein guter Stern. Josef Schwarz hatte oblagern müssen. Da im Theater kein Rigoletto ist (wie wäre mit Gottfried Dittler?), so sprang Scheidl ein. Das ist jetzt glücklicherweise keine Schwierigkeit mehr bei den guten Beziehungen zwischen Preußen und Berlin. Auch die Gilda wurde vom Staat gepumpt. Also ein Gasthaus für einen Abend. Würde es mit dem Ausleihen genug sein? Hans Jander hatte große Mühe, das Orchester auch nur noten- und rhythmischer zu leiten. Proben waren anscheinend nicht zu ermöglichen. Und Stimmung brachte er nicht zumege. Es klang alles grob und ungeschliffen. Der Respekt vor Orchesterleitern muß vor einem Werk, vor einem Haus und vor einem tüchtigen, unentfesselten Kapellmeister gerade so groß sein, wie vor einem Generalsimus. Das schien aber gar nicht der Fall zu sein. Aber Jander müßte sich schon persönlich und intensiver künstlerisch durchsetzen, um diese Gebrechen zu beseitigen. Scheidl entäuerte. Sein Spiel war durch die körperliche Größe gehemmt, keine Stimme schien ganz unrein, so daß die Sehnsucht nach Schwarz verständlich wurde. Aber der Ausdruck des menschlichen väterlichen Schmerzes gelang ihm groß. Hedwig u. Debica war mit laubterer, besserer Stimme die Erquickung des Abends. Denn —

Hans Kiepora hieß die große Attraktion. Es ist gefährlich, einen Tenor mit Caruso oder Giani zu vergleichen. Leider ist das mit Trompetenstößen geschehen. Und das Publikum lebte solche Vergleiche mit Recht ab, hielt sich also reserviert, kam nicht in Begeisterung. Der junge Kiepora hat einen hellen, metallischen,

gelunden, schönen Tenor, den er schlant in höchste Höhe führt, offensichtlich ohne Mühe, ohne Drücker, offen und mit kluger Folletwirkung. Auch Inbrunst ist in dieser Reibe. Aber der Gesang verläßt ihn auf Schritt und Tritt. Er denkt das doma è mobile, spricht den Text schlecht, paradiert mit Tönen und feiert die Phrasen, hält eitel still, retardiert, spielt mit dem Melos, zeigt im ganzen mehr vorbereitete Tenorweisen als Natürlichkeit und Herzlichkeit. Sein jugenhaftes, festes Auftreten hatte einen Stich ins Bewußt. So wurde man seiner Stimme, einer Stimme von besonderer Qualität, nicht ganz froh. Und wünscht, daß er Regisseur und Sangesmeister finde. Dann ist uns um keinen Aufstieg nicht bang.

Ein abgelehnter Heldenpreis. Carnegie hat vor vielen Jahren einen Preis von 1000 Dollar für denjenigen ausgesetzt, der sich als Lebensretter mit eigener Lebensgefahr betätigt. Nun wurde von der Carnegie-Stiftung der Preis einem Bergarbeiter von 75 Jahren namens Philipp Gill zugeteilt, der aber den Preis mit folgenden Worten zurückwies: „Ich nehme keine Belohnung für das, was meine Pflicht ist. Wie der Kapitän sein Schiff nicht verläßt, bevor der letzte Mann gerettet ist, so mußte ich auch meinen Leuten beistehen, wie es mir die Pflicht gebot.“ Der Vorfall aber, bei dem der wackere Greis wahre Wunder an Kühnheit und Todesverachtung verrichtete, für die er wie kein anderer den Carnegie-Preis verdient hätte, spielte sich folgendermaßen ab: In einem Bergwerk bei Farmington im Staate Illinois, auf dem der alte Gill schon seit einem halben Jahrhundert tätig war, ereignete sich an der tiefsten Stelle des Stollens eine furchtbare Grubengasexplosion, die zwei Bergleute begrub, die allgemein als verloren angesehen wurden. Da keiner Lust hatte auf die Rettung der beiden bestand, wagte sich niemand in die Tiefe. Nur der Greis läßt sich kaltblütig, ohne viel Worte, in die Tiefe herab. Mit Ausbleitung aller Kräfte gelang dem 75jährigen Mann auch die Tot, einen der schon mit dem Tode ringenden bewußtlosen Bergleute aus Trümmern unter Schutt und Gestein heroorzugraben und ihn nach oben zu befördern. Mit welcher enormen Schwierigkeiten das Rettungswerk verknüpft war, mag man aus dem Bericht eines Begleiters entnehmen, der den alten Mann nicht allein in die Tiefe steigen lassen wollte. Philipp Gill drang allein durch dicke Schwaden von Rauch und Qualm hindurch, indem er seinen Begleiter weit hinter sich ließ, bis er endlich auf den fast leblosen Körper eines Bergmannes stieß. Mehrmals stürzte der Greis unter seiner lebenden Last zusammen, halb erstickt von giftigen Gasen, selbst schon der Bewußtlosigkeit nahe, drang er zu dem Plog vor, an dem er seinen Begleiter zurücklassen hatte. Nur das Bewußtsein, seine Pflicht und eine gute Tat zu vollbringen, hielt den Fünfundsiebzigjährigen aufrecht.

Erstausgaben der Woche. Dienst, 2. t. b. Kommandantenstraße: „G. Willenbaum“. Mittwoch, 5. t. b. Kommandantenstraße: „Feld 1. t. b. Kommandantenstraße: „360 Frauen“. Sonnab. Tribüne: „Der Gedanke“.

Urania Veranstaltungen. Täglich: „Im Lande der unbesiegbaren Kämpfer“. — Mont. (5): „Geist und Macht“. — Dienst. (6): „F. 55“. — Mittw. (7): „Weg zum neuen Menschen“. — Donnerst. (8): „Sonnab. (9): „Kuhland nun heute“. — Freit. (9): „Das deutsche Museum“. — Sonnab. (9): „Dichter, Regisseur und Kameramann“.

Der Garibaldi-Mussolini-Standal.

Aussagen des Innenministers Sarraut im Kabinettsrat.

Paris, 6. November. (WIB.) Bei der gestrigen Vernehmung des Obersten Garibaldi durch die französischen Sicherheitsbehörden soll dieser laut „Journal“ gestanden haben, daß er durch Vermittlung des italienischen Polizeibeamten Lapolla, der in Nizza von der französischen Sicherheitspolizei erlucht wurde, schließlich nach Italien zurückkehrte, der italienischen Regierung verpflichtet gewesen sei, von der er im ganzen ungefähr 300 000 Franken erhalten habe. Garibaldi habe auch erklärt, daß er in freundschaftlichen Beziehungen zu dem Chef der katalonischen Separatisten Oberst Francesco Macia gestanden habe. Ueber die Angelegenheit des in Nizza festgenommenen Sciovoli befragt, dessen Paß sich auch in dem Gepäc des italienischen Polizeibeamten Lapolla befunden haben soll, hat Garibaldi ausweichend geantwortet.

Nach dem „Petit Parisien“ scheint festgestellt zu sein, daß Sciovoli der Verbindungsmann zwischen Garibaldi und den italienischen Behörden gewesen ist. Ein Waffengefährte von Garibaldi, ein Hauptmann, erklärte übrigens dem „Petit Parisien“, daß nach seiner Ansicht Garibaldi sich aus Geldnot der italienischen Polizei zur Verfügung gestellt habe. Er habe aber keine Geheimnisse ausplaudern können. Offenbar habe er gleichzeitig der italienischen und der französischen Regierung gegenüber wie auch anderen Ländern gegenüber Erpressungen verübt. Es handle sich um ein räudiges Schaf, das sich aus allen Krippen Futter geholt habe.

Der „Quotidien“ will wissen, daß Minister Sarraut im gestrigen Ministerrat erklärt habe, der katalonische Putsch sei durch Garibaldi angezettelt worden. Dadurch, daß er von französischem Boden aus eine Organisation in Spanien habe schaffen wollen, die ähnliche Ziele wie der italienische Faschismus haben sollte, habe er versucht, die Verantwortung für diese Ereignisse auf Frankreich abzuwälzen, um dann die italienisch-spanische Entente wieder zu festigen, die sich seit einigen Monaten etwas gelockert habe.

Scieroli wieder auf freien Fuß.

Paris, 6. November. (WIB.) Der in Nizza in der Angelegenheit Garibaldi verhaftete Italiener Scieroli ist nach dreitägiger Haft wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Er soll einem Vertreter einer Telegraphenagentur erklärt haben, daß er gegen Oberst Garibaldi eine Klage einreichen werde. Dieser habe ihn seinerzeit gebeten, ihm einen Brief nach Rom zu überbringen und sich erboten, seinen Paß zu erneuern. Er sei von Paris nach Nizza gereist und habe hier von Garibaldi den Paß zurückgehalten, da er ihn nicht habe erneuern lassen können. Er habe mit der ganzen Angelegenheit überhaupt nichts zu tun. (?)

Die aufreizende Tante.

Rom, 6. November. (WIB.) Bei der Untersuchung des Attentats in Bologna hat sich den Blättern zufolge, der Verdacht verstärkt, daß der Urheber des Attentats von Angehörigen seiner Familie, besonders von seiner Tante (!) zu der Tat aufgereizt worden sei. Andere Blätter behaupten, daß die Anstifter sich einer Frauensperson bedient hätten, die den Täter zum Attentat aufgefordert habe. Weiter soll auch ermittelt worden sein, daß der Täter noch bei der Feyer anlässlich der Errettung Mussolinis gelegentlich des Attentats bei der Porta Pia in Rom mitgewirkt habe. Der Revolver mit dem die Tat vollbracht wurde, gehörte den Blättern zufolge dem Bruder des Täters, dessen Reise nach Mailand am Tage der Tat ebenfalls als verdächtig bezeichnet wurde.

Eine italienische Nachrichtenagentur, die speziell die französische Presse versorgt, die „Agence transalpine“ hat die Nachricht, daß der ermordete Jamboni das Opfer einer Verwechslung gewesen sei, als ein aus Berlin und Genf stammendes falsches Gerücht bezeichnet. Demgegenüber sei nochmals festgestellt, daß diese Angabe von der offiziellen Stefani-Agentur bestätigt worden ist. Alles, was die Falschmeldungen seitdem behauptet haben, um Jamboni doch als Täter hinzustellen, sinkt nach Lage. Uebrigens ändert die italienische Presse dreimal am Tage ihre Erzählungen und scheint sich gar nicht bewußt zu sein, wie dumm sie dabei operiert. Besonders hübsch klingt die neue Version von der „aufreizenden Tante“, die den Ermordeten zur Tat angestiftet hätte.

Frankreich über Mussolini einig.

Ruhige Feststellung seiner Intrige.

Paris, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Blätter befaßen sich in spaltenlangen Artikeln mit den Erklärungen des Oberst Garibaldi, wobei die meisten zu der Ansicht kommen, daß der Beweis geliefert sei, daß die antisfaschistische Bewegung in Frankreich von Mussolini selbst gefördert und finanziert worden ist, um einen Vorwand zu haben, die italienische öffentliche Meinung gegen Frankreich aufzureizen und Frankreich beschuldigen zu können, die Gegner Mussolinis zu unterstützen. Auch die Verschwörung, die von Garibaldi in Perpignan ausgeheckt worden ist, sollte nach dem „Quotidien“ nur dazu dienen, zwischen Frankreich und Spanien eine Spannung hervorzuheben. Denn auch hier hätte Spanien mit Recht behaupten können, daß das Komplott auf französischem Boden vorbereitet worden ist. Der „Quotidien“ weiß weiter zu berichten, daß Außenminister Briand am Freitag im Ministerrat das Verhalten der Polizei Mussolinis in scharfen Worten an den Pranger gestellt hat. Der Innenminister habe eine noch schwerere Anklage gegen Mussolini erhoben; er habe dem Ministerrat nachgewiesen, daß die ganze von Garibaldi geleitete antisfaschistische Bewegung von diesem für das Konto der Regierung Mussolini vorbereitet worden ist. Mussolini habe sich bemüht, in Spanien eine Verschwörung anzuzetteln und gleichzeitig hatte der italienische Faschismus die Absicht, die Verantwortung für diese Ereignisse auf die französische Republik fallen zu lassen. Dadurch wollte man die italienisch-spanische Entente, die sich in letzter Zeit etwas gelockert hatte, wieder enger knüpfen.

Ueber das Verhör, dem Garibaldi in den Abendstunden des Freitag unterworfen wurde, weigern sich die Behörden, auch nur die geringste Mitteilung zu machen. Man erfährt lediglich, daß Garibaldi mit dem Schnellzug aus Nizza nicht in Paris selbst eintraf, sondern daß man den Zug aus Befürchtung vor Kundgebungen auf einer kleinen Station unweit von Paris anhielt und den italienischen Oberst von dort in einem geschlossenen Automobil zur Pariser Sicherheitspolizei brachte.

Briand zerstreut die polnischen Besorgnisse.

Paris, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Außenminister Briand hat in den Abendstunden des Freitag den aus Warschau zurückgekehrten polnischen Botschafter empfangen, der ihm, dem „Petit Parisien“ zufolge, von der Besorgnis Mitteilung gemacht hat, die gewisse deutsche Tendenzen in bezug auf das Programm von Thoiry in Polen hervorgerufen haben,

Eisenbahnarbeiters Sterben.

Güterzug in der Arbeiterkolonne. — Vier Tote, zwei Schwerverletzte.

Wittenberge, 6. November. (WIB.) Ein von Hamburg kommender Güterzug fuhr heute früh bei diesem Nebel auf dem Bahnhof Bergenthin in eine Arbeitergruppe hinein. Vier Arbeiter wurden getötet, zwei schwer verletzt.

Wir erfahren zu dem furchtbaren Unglück folgende Einzelheiten: Um 6 Uhr früh begab sich die etwa 20 Mann starke Arbeiterrotte des Unternehmers Guth-Berlin auf Gleis 1 des Bahnhofes Bergenthin. Kaum hatten die Arbeiter die Arbeit aufgenommen, als der Güterzug 7599 herannahende und in die Rote hineinfuhr, die unbegreiflicherweise das Warnungssignal überhört haben muß. Die Folgen waren entsetzlich. Vier Arbeiter wurden auf der Stelle getötet. Zwei wurden so schwer verletzt, daß sie kaum mit dem Leben davonkommen dürften. Einigen Arbeitern gelang es im letzten Augenblick, zur Seite zu springen, so daß sie teils unversehrt oder mit geringfügigen Verletzungen davontamen. Sofort nach Bekanntwerden des Unglücks erschienen an der Unfallstelle vier Ärzte, die die nötigen Hilfsmaßnahmen einleiteten und für sofortige Ueberführung der Schwerverletzten in das

Krankenhaus Wittenberge sorgten. Es sind sofort Untersuchungen über die Ursachen des Unglücks eingeleitet worden. Die Opfer sind fast alle Familienväter. Wie die Reichsbahndirektion Berlin mitteilt, war die nötige Anzahl von Sicherheitsposten aufgestellt. Anscheinend haben die Verunglückten geglaubt, daß das abgegebene Warnungssignal für den in entgegengesetzter Richtung fahrenden Zug 70 122 gelte und sie haben hierbei die Annäherung des Unglückszuges 7599 nicht bemerkt. Dieser Irrtum wurde ihnen zum Verhängnis. Die Namen der Toten sind: Will Jabel, Wittenberge; Richard Lütkes, Perleberg; Wilhelm Göhrs, Bentwich; Will Vogt, Lütkes. Schwer verletzt wurden die Arbeiter Helmuth Prestin, Bergenthin, Gustav Fenjki, Schilde.

Eine genaue Untersuchung des Unglücksfalles ist eingeleitet worden. Im Laufe des Vormittags begab sich eine Kommission an die Unfallstelle, um alle Einzelheiten genau zu überprüfen. Ueber das Ergebnis dieser Untersuchung ist bis zur Stunde noch nichts bekannt.

Albert Wachs

Kaum ist im „Vorwärts“-Haus der erste Schmerz über den Verlust des Genossen Fischer etwas überwunden, so erschüttert uns schon wieder eine neue Trauerbotschaft. Albert Wachs, einer jener Männer, die von früher Jugend an in treuer Hingabe der Sache der Arbeiterschaft gedient haben, ist am 5. November im Alter von 67 Jahren plötzlich und unerwartet verstorben.

Wachs wurde 1859 in Remel geboren, lernte als Schriftsetzer und kam in jungen Jahren nach Berlin. Den Weg zur gewerkschaftlichen und politischen Organisation fand er sehr bald. Er war jedoch nicht nur zahlendes Mitglied dieser Organisationen, sondern stellte sich mit seiner ganzen Person in deren Dienst. Von 1893 ab war Wachs 13 Jahre lang zweiter Vorsitzender des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer und auf fast allen Verbandstagen Delegierter. In der Partei war er ein ebenso eifriges Mitglied, und er übernahm die verschiedensten ehrenamtlichen Funktionen im Norden Berlins, dem ehemaligen sechsten Wahlkreis. Als in den Zeiten der preußischen Wahlrechtskämpfe und Polizeisanktionen der „Verbrauch“ an veramtlichen Redakteuren des „Vorwärts“ groß war, stellte Genosse Albert Wachs sich im März 1911 trotz seiner 52 Jahre als verantwortlicher Redakteur zur Verfügung. Seit dieser Zeit wirkte er ununterbrochen am „Vorwärts“, später als Leitungsleiter und Korrektor. Er mußte auch die Bekanntschaft mit dem preußischen Strafgesetzbuch machen, in dem er längere Zeit in Pension war. Unerwartet und mit neuer Hoffnung kehrte er zur Partiarbeit zurück. Dann kam der Krieg, der auch in seine Familie schmerzliche Wunden riß. Lange hat er gedauert, bis er den Verlust überwand.

Jetzt hat ein Schlaganfall, von dem Genosse Wachs sich nicht wieder erholen konnte, diesem Kämpferleben ein Ziel gesetzt. Der Besten einer, der besonders für seine engeren Berufskollegen ein stets hilfsbereiter treuer Kamerad war, der bis an sein Lebensende ihnen stets mit Rat und Tat zur Seite stand, ist dahin gegangen. Allen, die ihn kannten, wird sein Wirken und Schaffen unvergessen bleiben.

Das alte Lied.

Das grausame Tier Gewohnheit hat unsere Nerven stumpf, unsere Ohren taub gemacht für die unabhägigen, verzweifelten Hilferufe der zur Untätigkeit verdammen Darbenden. Und doch soll man immer noch neuem hinzuhören, wenn die Rufe aus dem Lager jener ertönen, das die Arbeitslosigkeit in unverminderter Stärke erhält.

Hermesdorf, Kaiserstraße 23. Der Mann, Mechaniker von Beruf, der sich durch besondere Fähigkeiten zum Ingenieur hinaufgearbeitet hatte, ist seit langer Zeit ohne Verdienst. Von morgens 5 Uhr ist er auf den Beinen, um bei allen Arbeitsangeboten als erster zur Stelle zu sein. Infolge der großen Entfernung seiner Wohnstätte verfährt er eine Unmenge Geld und trotzdem war jeder Gang ergebnislos. Durch die ewigen Nadeln des Schicksals ist der Mann in einer feilsch derart zerrütteten Verfassung, daß er — ganz nutzlos geworden — nur den einen Wunsch hat, all dem Jammer ein Ende zu bereiten. Zwei Kinder, im Alter von 9 und 11 Jahren, beide hochbegabt, entbehren der so notwendigen fröhlichen Rohrung, und ein drittes ist am Wege. Auch alle Bemühungen der Frau nach irgendeiner Verdienstmöglichkeit — sie war früher kaufmännisch tätig — sind ohne jeden Erfolg. Dazu kommen die unausgeleiteten Wühlheiligen mit dem Hauswirt, denn stümische Mietzahler sind bekanntlich ungeliebte Hausgenossen, für deren Bohnen sie heute so reichlich zahlungsfröhliche Reflektanten finden lassen. Die Wohnung ist in einem sehr reparaturbedürftigen Zustande; von den Wänden hängen überall die Tapetenreste herunter und die Feuchtigkeit herrscht in den Räumen. Durch Verkauf ihrer letzten Habe beschließen sie — um nicht auf der Straße zu landen — einen Teil der Mietschuld, der Rest soll binnen 14 Tagen aufgebracht werden, dazu kommt dann die inzwischen fällig werdende Dezembermiete. Der Mann bezieht eine wöchentliche Erwerbslosenunterstützung von 14 M. Davon sollen vier Menschen essen, wohnen und die aller notwendigsten Anschaffungen bestreiten. Der Mann, feilsch völlig gebrochen, die Frau, auf deren Schultern ausschließlich der Haushalt ruht, verzweifelt und durch ihren Zustand besonders erregbar, die Kinder still und ängstlich. Sie sitzen und formen Weihnachtspladen aus Staniolpapier. Aber ihre Gedanken reichen noch nicht bis Weihnachten. Erst Brot für morgen...

Die Krone in neuem Glanz!

Von den Gebäuden des Reiches und des Staates soll man die aus monarchischer Zeit überkommenen Abzeichen endlich ausnahmslos herunterholen, damit nicht die Republik die leih ihr achtetes Jahr vollendet, zum Gespött wird. Es ist freilich nicht immer ganz einfach, die Kronen und Adler und die Bezeichnungen „kaiserlich“ oder „königlich“ von den Fronten und Wänden und Dächern abzunehmen, weil dazu oft die Aufstellung kostspieliger Gerüste nötig wäre. Wenn aber an einem solchen Gebäude ohnedies Bauarbeiten ausgeführt werden, zu denen ein Gerüst aufgestellt werden muß, dann verlagert die Ausrede, daß die Herunternahme der monarchischen Abzeichen zu umständlich und teuer sei. Die in der Friedrichstraße gegenüber der Karlstraße gelegene ehemalige Kaserne des zweiten Garderegiments zu Fuß, in der die Bureaus eines Kommandes und einiger Finanzämter untergebracht sind, ist ein Beispiel dafür, wie wenig noch die Pflicht der Beseitigung monarchischer Abzeichen empfunden und erfüllt wird. Die Front des umfangreichen Gebäudes hat jetzt einen neuen Anstrich erhalten, was man ein großes Gerüst hat aufstellen müssen, aber kein Mensch hat daran gedacht, bei dieser Gelegenheit den an der Friedrichstraße in dem Giebelwerk unter dem Dach angebrachten Schmuck, einen riesigen Gardekerzenarm zwischen zwei gekrönten Preußenadlern, abzunehmen und durch zeitgemäße Abzeichen zu ersetzen. Die Aufschrift, die der ganzen Front zuteil geworden ist, erstreckt sich sogar auf Garbesten und Adlerpaar und auch die Preußenkrone auf den Haupten der Adler werden wohl nächsten in neuem Glanz erstrahlen.

folten, an denen die Schwarzweißkroten ihre hämische Freude haben müssen.

Neuer Protest gegen das Schmutz- und Schundgesetz

Im wirtschaftspolitischen Saal des Reichswirtschaftsrats veranstaltete gestern Abend die „Gemeinschaft kultureller Buchhändler zu Berlin“ eine Kundgebung gegen das Schmutz- und Schundgesetz. Als erster Referent sprach der Mediziner Dr. Kerstel. Er wies darauf hin, daß die Selbstbesetzung des Jugendschutzes das einzige Moment wäre, das den Arzt bestimmen könnte, für das Gesetz zu stimmen. Abgesehen davon, daß die Folgen der Selbstbesetzung übertrieben ausgemalt werden, handelt es sich hier um einen rein physiologischen Vorgang, der kaum durch das Lesen von Schmutzliteratur ausgelöst wird. Das Gesetz ist also überflüssig. Darauf wies Genosse Saterius auf die Schädigung des Wirtschaftslebens durch das kommende Gesetz hin. Der Buchhandel befindet sich bereits in schwerer Krise, die selbstverständlich noch verschärft wird, wenn sich zwischen Produzent und Käufer eine neue Instanz schiebt. Die Interessen der Verleger, Buchhändler und des Publikums gehen in diesem Falle vollständig konform. Man spricht heute viel von Serienfabrikation, der Buchhandel hat immer davon gelebt. Durch das Gesetz gezwungen, werden aber die Verlage neue Brindastriche von zweifelhaften Werken anfertigen, die eine ungeheure Preissteigerung zur Folge haben werden. Ein anderes Moment kommt hinzu: um sicher zu gehen, wird der Verleger jedes neue Werk zur Vorzensur anmelden, das bedeutet aber die Vernichtung des deutschen Geisteslebens. Im übrigen ist das ganze Gesetz ein Kuriosum, bedeutet einen einzigartigen Vorgang in der Rechtsgeschichte, denn der Gesetzgeber kennt überhaupt keine Definition von Schmutz und Schund. In der Diskussion wurde dann der Vorstoß gemacht, die Buchhändler sollten jetzt in ihren Schaufenstern die Werke auslegen, die das neue Gesetz bestimmt verbieten würde, ferner müßten Listen vorhanden sein, in die die Kunden sich zum Protest einzeichnen könnten. Man beschloß die Gründung einer Zentralkommission, die die gesamte Propaganda gegen das Gesetz, vor allem in der Provinz, betreiben sollte, dieser Reichsausschuß zum Schutze der Freiheit in Wort, Schrift und Bild auch alle beteiligten Verbände und Einzelpersonen zu gemeinsamer Abwehr zusammenschließen.

Oesterreich gehört zur deutschen Republik!

Am 12. November fährt sich zum 8. Male der Tag, an dem die österreichische Nationalversammlung einstimmig den denkwürdigen Beschluß zum Staatsgrundgesetz faßte, der lautete: „Deutschösterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik.“ Die Friedensverträge haben bisher noch nicht die Verwirklichung jenes Artikels ermöglicht, doch ist der Erinnerungstag bedeutsam genug, ihn in Deutschland entsprechend zu feiern. Der Oesterreichisch-Deutsche Volksbund veranstaltet am Freitag, den 12. November, abends 8 Uhr, im Reichstagesgebäude, Saal O 1, Eingang Portal 5, einen Vortragsabend, an dem der Landtagspräsident Abg. Dr. B. Rittermann (Wien) über „Panuropa und Großdeutschland“ sprechen wird. Eintrittskarten im Bureau des Volksbunds, Berlin NW. 40, Kronprinzen Ufer 19, I. (Tel.: Moabit 664.)

Stadtkammerer Lange und die „sozialen Ausgaben“. Die „Rote Fahne“ greift zu den kühnsten Mitteln, um die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion wegen ihrer Beteiligung an der Wahl des Hauptsteuerdirektors Lange zum Stadtkammerer verunsichern zu können. Jetzt schwindelt sie ihren gläubigen Lesern vor, Lange habe in seinem der Presse mitgeteilten Programm erklärt, die Stadt müsse vor allem an den sozialen Ausgaben sparen. In Wirklichkeit hat Lange, wie von uns bereits am Freitag in der Morgenausgabe mitgeteilt wurde, ausdrücklich hervorgehoben, daß bei den Aufwendungen sozialer Art die zurzeit bestehende große Not eher zu einer Erweiterung als zu einer Einschränkung drängt. Den Wortlaut der Versicherungen Langes über sein Programm hat das Nachrichtenamt des Magistrats noch am Abend der Kammerwahl auf der Pressetribüne des Stadtverordnetenhauses verbreitet, und auch die Redaktion der „Roten Fahne“ wird so in den Besitz eines der dort verteilten Abzüge gelangt sein. Erschwindelt sind auch andere Angaben der „Roten Fahne“ darüber, was Lange „will“, erschwindelt der angeblich angekündigte „arbeitslose Abbau der Arbeiter, unteren Angestellten und Beamten der Kommune Berlin“, der Abbau der bisherigen kommunalen Erwerbslosenhilfe“ und so weiter. Von diesen Dingen steht in Stadtkammerer Langes Versicherungen kein Wort.

Die Kommunisten sind allmählich zu einer Partei der immerwährenden Spaziergänger geworden. Zwar sind es täglich weniger, die hinter dem kommunistischen Parolenflug herlaufen, doch wird trotzdem täglich demonstriert. Das ist Ehrensache. Auch gestern absolvierte die KPD. wieder mehrere Straßenumgebungen. So wurde zu Kundgebungen auf dem Brunnenplatz, in Tempelhof und auf dem Karl-August-Platz für Actie Jungfront und gegen Erwerbslosigkeit aufgerufen. Die Polizei wird durch diese mühsigen Demonstrationen, die nichts Sachliches erreichen, sondern nur überflüssige Parteipropaganda dienen, zum kleinen Teil beschäftigt. Das ist aber auch alles.

Genosse Maxer Heber (links) Sonntag, 7. November, vorm. 10 Uhr in der Trinitatiskirche, Charlottenburg, über das Thema „Rache und Staat“. Sonntag, 8. November, abends 9.30 Uhr in der Friedrichs-Schule, Charlottenburg, Ebelstraße, im Rahmen der Revolutionären über das Thema: „Warum feiern wir den 9. November?“. Eintritt 50 Pf. Kreisloose Eintritt frei.

Berliner Volksschor. Der für Sonntag angelegte Vortrag von Professor Ochs mit wegen Entzählung des Vortrages verfallen worden.

Närrische Sonntagswanderungen. Das Bezirksamt Schöneberg veranstaltet in der nächsten Zeit wieder zwei Wanderungen. Sie führen durch hübsche, einsame und schöne Teile unserer Mark, wobei naturwissenschaftliche und biologische Studien gemacht werden. Die Wanderungen finden an folgenden Sonntagen statt: 7. November: Wanderung ins Gölmer-Land: Wildpark-Land-Grube-Weißham. Abfahrt: 8.30 Uhr vormittags vom Volkshaus Reinhardtshof. 28. November: Wanderung: Bernau-Land-Weißhäger. Abfahrt: 8.40 Uhr vormittags vom Steintor Bahnhof. Nähere Auskunft: Lüchow 2789. Teilnehmerkarten zu je 1 M. bei Beginn. An den Sonntagen: 14. November und 15. Dezember führt der bekannte Schriftsteller Georg Bamberg wieder durch die ältesten Winkel Berlins. Treffpunkt 10.15 Uhr vormittags auf dem Spittelmarkt. Teilnehmerkarten zu 50 Pf. bei Beginn der Fährten.

